

Inhaltsverzeichnis

1	Ankündigung der Pressekonferenz	2
2	Pressemitteilung „Gegenöffentlichkeit zum Urteil im NSU Prozess in München und bundesweit – Kein Schlussstrich!“	3
3	Kurzinformationen zu den teilnehmenden Initiativen der PK	4
4	Statements und Forderungen der Betroffenen und Überlebenden des NSU	5
5	Programm für den ersten Tag der Urteilsverkündung, 11.07.2018	6
6	Aufruf zum Tag der Urteilverkündung der Kampagne „Kein Schlussstrich!“	7
7	Interview mit der Sprecherin der Kampagne „Kein Schlussstrich!“ von Belltowernews	8
8	Interview mit Osman Tasköprü aus der taz	16
9	Anlage: Anklageschrift des Tribunals ‚NSU-Komplex auflösen‘	19

In Gedenken an:

Enver Şimşek, 11.09.2000, Nürnberg

Abdurrahim Özüdođru, 13.06.2001, Nürnberg

Süleyman Taşköprü, 27.06.2001, Hamburg

Habil Kılıç, 29.08.2001, München

Mehmet Turgut, 25.02.2004, Rostock

İsmail Yaşar, 09.06.2005, Nürnberg

Theodoros Boulgarides, 15.06.2005, München

Mehmet Kubaşık, 04.04.2006, Dortmund

Halit Yozgat, 06.04.2006, Kassel

Michèle Kiesewetter, 25.07.2007, Heilbronn

Unvergessen:

23.06.1999 „Taschenlampenbombe“, Nürnberg, 1 Verletzter

19.01.2001 „Christstollendosenanschlag“, Probsteigasse Köln, 1 Verletzte

09.06.2004 „Nagelbombenanschlag“, Keupstraße Köln, 22 Verletzte

Einladung zur Pressekonferenz der Kampagne Kein Schlussstrich am Dienstag, den 10.07.2018 um 12:15 Uhr im Eine-Welt-Haus, München:

- Initiativen fordern: „Kein Schlussstrich unter den NSU-Komplex!“
- Kundgebung und Demonstration in München am Mi, den 11.Juli.2018- dem Tag der Urteilsverkündung im NSU-Prozess
- Anschließende Pressekonferenz von Nebenkläger*innen

Am 10. Juli 2018 um 12:15 Uhr laden wir Sie zur Pressekonferenz der Kampagne „Kein Schlussstrich“ ins Eine-Welt-Haus in München ein. Themen der Pressekonferenz werden die Kundgebung und Großdemonstration in Solidarität mit den Betroffenen des NSU-Terrors am 11. Juli, eine Bewertung des Prozesses aus Perspektive antirassistischer und antifaschistischer Initiativen und der Ausblick über das Prozessende hinaus sein. Im Anschluss findet um 13.30 Uhr eine Pressekonferenz von Nebenkläger*innen und ihren Rechtsanwält*innen statt.

Sprecher*innen von bundesweit agierenden Initiativen, die sich seit Jahren publizistisch, aktivistisch und wissenschaftlich mit dem NSU-Komplex beschäftigen, werden dabei eine kritische Bewertung des NSU-Prozesses leisten und einen Ausblick über die Urteilsverkündung hinaus geben. Außerdem werden wir letzte Infos zur Kundgebung und Demonstration am Tag der Urteilsverkündung präsentieren.

Seit der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 fordern Angehörige, Überlebende und Betroffene des NSU-Terrors die vollständige Aufklärung des NSU-Komplexes. Dieser Forderung haben sich über die Jahre hinweg zahlreiche Initiativen angeschlossen.

Sie alle weisen gemeinsam darauf hin, dass der NSU-Prozess nicht zu einer umfassenden Aufklärung geführt hat. Vieles bleibt bis heute im Dunkeln: Die Rolle der Behörden, die Verstrickungen des Verfassungsschutzes, das Neo-nazi-Netzwerk, das den NSU unterstützte und die Rolle des gesamtgesellschaftlichen Rassismus sind auch in fünf Jahren Prozess nur unzureichend aufgearbeitet worden. Viele Unterstützer*innen sind bis heute noch nicht einmal angeklagt.

Wie die Aufklärung zum NSU-Komplex nach Ende des Münchner NSU-Prozess aus der Perspektive der Kampagne Kein Schlussstrich weitergehen soll, werden folgende Sprecher*innen der Initiativen vorstellen:

Initiative Keupstraße ist überall
Ayşe Güleç, Initiative 6. April
Caro Keller, NSU-Watch
Daniel Schmitdt, Tribunal NSU-Komplex auflösen
Patrycja Kowalska, Münchner Bündnis gegen Naziterror und Rassismus, Sprecherin der Kampagne Kein Schlussstrich

Im Anschluss an die Pressekonferenz ab 13.30 Uhr findet am selben Ort eine Pressekonferenz der Nebenkläger*innen statt. Danach wird es die Möglichkeit geben, mit allen Teilnehmer*innen der Pressekonferenzen ins Gespräch zu kommen bzw. auch Einzelinterviews zu führen. Außerdem erwarten wir die Teilnahme von weiteren Betroffenen, die im Anschluss ggf. für Gespräche zur Verfügung stehen. Für eine deutsch-türkische Übersetzung - soweit erforderlich - ist vor Ort gesorgt.

Datum/Uhrzeit: Dienstag 10.07.2018, 12:15 Uhr

Ort: Eine Welt Haus München, Schwanthalerstr. 80, 80336 München

Kein Schlussstrich online: nsuprozess.net
Kein Schlussstrich bei Twitter: @KSchlussstrich

Auch in anderen deutschen Städten wird es anlässlich der Urteilsverkündung Proteste und Kundgebungen der Kampagne Kein Schlussstrich geben. Eine Auflistung finden Sie unter [<https://nsuprozess.net/anreise-tag-x-bundesweit/>]

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an unsere Pressesprecherin Patrycja Kowalska [presse@nsuprozess.info / 01521-7179733]

Mit freundlichen Grüßen
Patrycja Kowalska,
Sprecherin der Kampagne Kein Schlussstrich

Pressemitteilung: Gegenöffentlichkeit zum Urteil im NSU Prozess in München und bundesweit Kein Schlusstrich!

Bundesweite Kampagne „Kein Schlusstrich!“ mit Ankündigung der Pressekonferenz am Dienstag, den 10.07.2018 und Programm am Mittwoch den 11.07.2018, Tag der Urteilsverkündung im NSU-Prozess

Am 11.07.2018 beginnt die Urteilsverkündung im Rahmen des NSU-Prozesses. Während im Gerichtssaal die letzten Worte des Prozesses gesprochen werden, demonstriert die bundesweite Kampagne Kein Schlusstrich ab 8 Uhr morgens ganztägig vor den Türen des Gerichts. Es werden Überlebende und Angehörige der Opfer des NSU-Terrors sowie unterstützende Initiativen aus ganz Deutschland erwartet.

Um 18 Uhr wird der Protest mit einer lautstarken Demonstration durch München ziehen, um an die 10 Mordopfer des NSU-Netzwerks zu erinnern.

Am 10.07.2018 wird um 12:30 Uhr, eine Pressekonferenz der Kampagne Kein Schlusstrich stattfinden, mit Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet, zu der wir Sie herzlich einladen. Nähere Informationen werden demnächst bekannt gegeben.

Patrycja Kowalska, Pressesprecherin des Bündnisses, erklärt: *„Auch nach 5 Jahren Jahrhundert-Prozess gibt es mehr Fragen als Antworten. Solange die Anliegen der Betroffenen und Angehörigen um Aufklärung, Rehabilitation und Gedenken nicht gehört werden, das gesamte Netzwerk des NSU nicht enttarnt, die staatlichen Verwicklungen nicht offengelegt werden und dies alles nicht Konsequenzen nach sich zieht – solange fordern wir: Kein Schlusstrich.“*

Bereits 2006 organisierten Familien der Opfer des NSU-Terrors Schweige- und Trauermärsche in Kassel und Dortmund. Doch erst nach der Selbstenttarnung des NSU-Komplexes begann eine breitere gesellschaftliche Solidarisierung. Zum Prozessaufakt am 13. April 2013 gingen in München über zehntausend Menschen aus der ganzen Bundesrepublik auf die Straße. In den letzten Jahren gründeten sich zahlreiche Initiativen in Solidarität mit den Betroffenen des NSU-Terrors, die das über 5 Jahre andauernde Gerichtsverfahren protokollieren (<https://www.nsu-watch.info/>), Recherchen zum NSU-Netzwerk einbringen, die Kontinuitäten zu heutigen rechtsterroristischen Strukturen aufdecken, die Mitverantwortlichen des NSU anklagen (<http://www.nsu-tribunal.de/anklage/>) und gemeinsam eine rückhaltlose Aufklärung einfordern. Zusammen wurde damit eine kritische Gegenöffentlichkeit zur Position der Bundesanwaltschaft entwickelt, welche die Aufdeckung des NSU-Netzwerks und der Verwicklungen staatlicher Behörden in die Mordserie blockiert.

„Die gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen der NSU entstehen konnte, sind noch immer vorhanden. Daher fordern wir Antworten auf die zahlreichen ungeklärten Fragen und vor allem: Nach dem Prozess keinen Schlusstrich zu ziehen.“, sagt Patrycja Kowalska. *„Unsere Lehre aus dem NSU-Komplex ist: Wir müssen solidarisch gegen den Rassismus in dieser Gesellschaft zusammenhalten. Auch wenn der Staat die Aufklärung ad acta legen will, werden die Initiativen weiter daran arbeiten, dass die Mordserie nicht vergessen wird und alle Verwicklungen endlich aufgedeckt werden.“*

Die Demonstration möchte zudem deutlich machen, dass aus dem NSU-Komplex keine ernsthaften politischen Konsequenzen gezogen wurden. In einigen Städten wird es den Betroffenen verwehrt, ihren ermordeten Angehörigen in ihrem Sinne zu gedenken. Wie in Kassel, wo die Stadt verweigert, die Holländische Straße nach dem neunten Todesopfer Halit Yozgat umzubenennen (<https://initiative6april.wordpress.com/>).

Ernsthafte politische Konsequenzen sind auch in den Institutionen ausgeblieben. Die Kompetenzen des Verfassungsschutzes wurden ausgeweitet, obwohl der Inlandsgeheimdienst in den letzten sieben Jahren systematisch jede Form von Aufklärung sabotiert hat. *„Nach all den Unterstützungsleistungen des Verfassungsschutzes an das NSU-Netzwerk, bedarf es einer ersatzlosen Abschaffung eben dieser Behörde.“*, so Patrycja Kowalska.

Ein festes Kundgebungsprogramm wird demnächst auf unserer Homepage veröffentlicht.
Die bundesweite Beteiligung an der Kampagne wird hier stetig aktualisiert:
<https://nsuprozess.net/anreise-tag-x-bundesweit/>

Auf dem Podium:

Ayşe Güleç, Initiative 6. April

Am 06. April 2006 wurde Halit Yozgat in Kassel aus rassistischen Gründen ermordet. Vor diesem Hintergrund entstand die „Initiative 6. April“ in Kassel. Gemeinsames Anliegen ist die Auseinandersetzung mit den NSU-Morden, ihren Voraussetzungen und Folgen. Die Initiative 6. April will diese Taten insbesondere im lokalen Kontext Kassel betrachten. Es geht darum, kritisch zu fragen, in was für einem gesellschaftlichen Klima der rassistische Terror so lange unentdeckt möglich war und weiterhin ist. <https://initiative6april.wordpress.com/>

Caro Keller, NSU-Watch

Der Kern der Arbeit von NSU-Watch ist die Beobachtung des Strafprozesses am Oberlandesgericht in München. NSU-Watch ist an jedem Verhandlungstag im Gerichtssaal dabei, berichtet über Twitter (@nsuwatch) und erstellt detaillierte Protokolle. Neben den Protokollen der Verhandlungstage ist die Vermittlung von Wissen über Neonazis und den NSU zentrale Aufgabe der Arbeit von NSU-Watch. NSU-Watch hat als Projekt von antifaschistischen und antirassistischen (Recherche-)Gruppen Zugang zu umfangreichem Wissen über die neonazistische Szene und die im NSU involvierten Strukturen und erarbeitet hierzu Expertisen. <https://www.nsu-watch.info/>

Daniel Schmitdt, Tribunal ‚NSU-Komplex auflösen‘

Das bundesweite „Aktionsbündnis ‚NSU-Komplex auflösen‘“ besteht seit 2014 aus zahlreichen Initiativen und Einzelpersonen, die sich mit dem NSU-Komplex und strukturellem Rassismus auseinandersetzen. Die Perspektive der Betroffenen und Angehörigen stehen im Mittelpunkt. Ein Meilenstein der Aktionsarbeit des Bündnisses war das „Tribunal ‚NSU-Komplex auflösen‘“ im Mai 2017 in Köln. In einem zivilgesellschaftlichen Tribunal mit über 3.000 Teilnehmenden berichteten Betroffene und Angehörige von NSU-Opfern von ihren Erfahrungen im NSU-Komplex. In einer Anklageschrift wurden 90 Personen stellvertretend der Verstrickung im NSU-Komplex angeklagt. <http://www.nsu-tribunal.de/>

Initiative Keupstraße ist überall

Am 9. Juni 2004 verübte der NSU einen Nagelbombenanschlag auf die Keupstraße in Köln. Bis zur Selbstenttarnung des NSU 2011 ermittelten die Behörden ausschließlich gegen die Betroffenen und machten aus Opfern Täter_innen. Die Medien und die Öffentlichkeit machten sich mit dem Gerede von „kriminellen Ausländermilieus“ zum Teil dieser Handlungen. Vor diesem Hintergrund hat sich die Initiative „Keupstraße ist überall“ gegründet, in der sich Betroffene und Aktivist*innen aus der Keupstraße organisieren. Die Initiative unterstützt die betroffenen Menschen und setzt gemeinsam ein Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung. <http://keupstrasse-ist-ueberall.de/>

Patrycja Kowalska, Kampagne „Kein Schlusstrich“, Bündnis gegen Naziterror und Rassismus

Das „Bündnis gegen Naziterror und Rassismus“ ist Initiatorin der Kampagne „Kein Schlusstrich“. Das Bündnis begleitet den Gerichtsprozess seit 2013 kritisch. Der Zusammenschluss aus antifaschistischen und antirassistischen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen hat sich zusammengefunden, um staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus entgegen zu treten. Am Tag der Urteilsverkündung am 11. Juli 2018 organisiert das Bündnis eine ganztägige Kundgebung vor dem Oberlandesgericht in München und eine Demonstration. Kampagnenwebsite: <https://nsu-prozess.net/>

Fritz Burschel, Prozessbeobachter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, wird die Moderation der Pressekonzferenz übernehmen.

Statements und Forderungen von Betroffenen des NSU-Terrors

„Öffnen Sie ihre Augen, um die bittere Realität zu sehen. Hören Sie die Trauer der Angehörigen!“

Ismail Yozgat, Vater des ermordeten Halit Yozgat am 6. Mai 2006 in Kassel - beim Trauermarsch „Kein 10. Opfer!“

„Sie haben vielleicht viel dafür getan, dass diese fünf hier verurteilt werden. Aber was ist mit den ganzen anderen? Ich glaube nicht daran, dass Sie noch irgendwann jemanden anderes anklagen. Für Sie ist die Sache doch hier abgeschlossen. (...) Sie haben das Versprechen gebrochen!“

Gamze Kubaşık, die Tochter des ermordeten Mehmet Kubaşık, gegenüber der Bundesanwaltschaft

„Warum musste mein Vater sterben? Haben die Nazis ihn gekannt? Oder war das Zufall? Es sind fünf angeklagt, aber was ist mit all den anderen? Wie kann es sein, dass beim Verfassungsschutz Menschen arbeiten, die in ihrem Ort »kleiner Adolf« genannt werden, obwohl sie eigentlich die rechte Szene überwachen und überführen sollen?“

Semiya Şimşek, in einem gemeinsamen Interview mit Gamze Kubaşık mit der SZ 2013

„Meinen Bruder kriege ich nicht zurück, doch ich wünsche mir, dass wir eines Tages erfahren, was da wirklich bei den Behörden passiert ist, inwieweit die involviert waren. Mein Bruder war das siebte Opfer des NSU. Er könnte noch leben, wenn die Behörden nicht von Anfang an so auf Ausländer als mögliche Täter fixiert gewesen wären.“

Gavriil Boulgarides, Bruder des ermordeten Theodoros Boulgarides, im Buch „Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen“, hrsg. von Barbara John 2014

"Die, die diese Taten begangen haben, sollen nicht denken, dass wir dieses Land verlassen. Ich lebe in diesem Land und gehöre zu diesem Land. (...) Wir sind ein Teil dieses Landes und wir werden hier weiter leben.“

Elif Kubaşık, Witwe des ermordeten Mehmet Kubaşık, in ihrem Plädoyer

„Sie haben wie Bienen gearbeitet, aber keinen Honig produziert. Es gibt kein Ergebnis.“

Ayşe Yozgat, Mutter von Halit Yozgat, gegenüber dem Münchner Gericht

"Also die lückenlose Aufklärung die mir versprochen worden ist, ist bis heute nicht verwirklicht worden. (...) Politik, Verfassungsschutz, Polizei, Richter, Staatsanwälte - da müssen sich viele Sachen ändern, damit solche Sachen nicht mehr passieren."

Osman Taşköprü, Bruder des Ermordeten Süleyman Taşköprü auf dem NSU-Tribunal am 20. Mai 2017

„Nicht aufhören zu fragen. Wir alle sollten auch nach diesem Prozess nicht aufhören, nach Antworten zu suchen. Vielleicht werden wir nie alles erfahren, aber wir werden die unzähligen Puzzleteile sammeln und zusammenfügen, bis das Bild der Wahrheit vor unseren Augen zu erkennen ist. Dann müssen auch alle anderen hinsehen.“

Yvonne Boulgarides, Witwe des ermordeten Theodoros Boulgarides, in ihrem Plädoyer

„Ein Richterspruch allein kann das Problem auch nicht aus der Welt schaffen. Nur mit einem gerechten Urteil, Aufklärung, Bildung, gesellschaftlicher Aufmerksamkeit, Toleranz, Verständnis und Solidarität zusammen verändert sich etwas.“

Tülin Özüdoğru, in John 2014

„Unsere letzten Worte richten wir an das Oberlandesgericht an den Vorsitzenden Herrn Götzl und den Senat. Wir möchten, dass sich der Senat vor Ort im Internet Café, in dem mein Sohn Halit ermordet wurde, von den örtlichen Gegebenheiten in meinem Beisein ein Bild macht. Denn dann werden auch sie sehen, dass der damalige Verfassungsschützer lügt. Sollte es keine Vor-Ort-Besichtigung geben und die Ungereimtheiten von dem damaligen Mitarbeiter des hessischen Landesamts für Verfassungsschutz nicht aufgeklärt werden, weil der Senat Temme glaubt, ist für uns das gesprochene Urteil bei Beendigung des Prozesses vor Gericht nichtig. Wir werden das Urteil nicht anerkennen.“

Ismail Yozgat, Rede auf Gedenkfeier für seinen ermordeten Sohn am 06.04.2016 in Kassel

Programm

Dies ist ein Überblick über das was auf Kundgebung und/oder Demo geschehen wird. Vieles wird spontan passieren, deswegen können wir keine genaueren Zeitangaben machen.

Ab 08:05 Uhr:

Gedenken an die Opfer

Ein Musikstück gespielt durch eine Münchner Brass Band

Es wird voraussichtlich Redebeiträge geben von:

- der Initiative Keupstraße, u.a. über Erinnerungskultur und das geplante Mahnmal in Köln
- dem AK Keupstraße
- Betroffenen aus der Keupstraße
- dem Tribunal 'NSU-Komplex auflösen'
- der Initiative 6.April aus Kassel mit Ayşe Güleç
- Hamadou Dipama über die Auswirkung der Anschläge auf die migrantische Community in München und über den Umgang der Stadt
- Karawane München zu Migration und rechtem Terror
- AIDA e.V. über Rechten Terror in Bayern
- NSU Watch
- Antonia v.d. Behrens, Nebenklage NSU Prozess
- Ismail Yozgat
- ...

Es wird voraussichtlich Musik geben von:

- Estrap und Kent Coda
- Sookee (ab 16.30h)
- Antilopen Gang (ab 16.30h)

Weiteres:

- die Anklageschrift des Tribunals wird verlesen
- Nebenklagevertreter*innen werden das Urteil kommentieren
- das Tribunal 'NSU-Komplex auflösen' wird Forderungen der Betroffenen kommunizieren ab ca. 11:00
- Kinozelt: Film von Forensic Architecture aus London über den NSU-Mord in Kassel
- Im Zelt gibt es ein Intro und Gespräch zum Film mit Ayşe Güleç, Initiative 6. April, Kassel

Kein Schlusstrich!

Aufruf zu einer Demonstration und Kundgebung zu Beginn der Urteilsverkündung im NSU-Prozess in München

Am 6. Mai 2013 begann vor dem Oberlandesgericht München der Prozess gegen Beate Zschäpe, André Eminger, Holger Gerlach, Ralf Wohlleben und Carsten Sch. Voraussichtlich im Frühjahr 2018 wird der Prozess nach über 400 Verhandlungstagen zu Ende gehen. Unabhängig davon, welchen Ausgang der Prozess nimmt: Für uns bleiben mehr Fragen als Antworten. Wir werden daher zum Prozessende zusammen auf die Straße gehen. Denn wir werden den NSU nicht zu den Akten legen.

Wir wollen wissen, wer für die Mordserie, die Anschläge und den Terror verantwortlich ist. Die Beschränkung der Bundesanwaltschaft auf das Trio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe und ihr nächstes Umfeld ignoriert den Netzwerkcharakter des „Nationalsozialistischen Untergrunds“. Der NSU war keine isolierte Zelle aus drei Personen, der NSU war auch mehr als die fünf Angeklagten vor dem Oberlandesgericht. Nicht zuletzt die Arbeit der Nebenklage hat diese Grundannahme längst widerlegt. Ohne militante Nazi-Strukturen wie Blood and Honour, lokale Kameradschaften oder etwa den Thüringer Heimatschutz um V-Mann Tino Brandt und Ralf Wohlleben, wäre der NSU wohl schwer möglich gewesen. Die Aufklärung im Rahmen des Prozesses wurde jedoch konsequent unterbunden, auch durch die eng geführte Anklageschrift der Bundesanwaltschaft und die Weigerung, der Nebenklage komplette Akteneinsicht zu gewähren.

Es geht uns um die Entschädigung der Betroffenen, Überlebenden und Hinterbliebenen sowie die Würdigung ihrer Perspektive in der Debatte. Es war gerade auch das Umfeld der Mordopfer, das früh darauf bestand, eine rassistische Motivation für die Taten in die Ermittlungen einzubeziehen. Etwa auf den Schweigemärschen in Kassel und Dortmund, die unter dem Motto „Kein 10. Opfer!“ die Aufklärung der Mordserie forderten. Stattdessen richteten sich die Untersuchungen vornehmlich gegen das Umfeld der Opfer und Betroffenen. Immer wieder gerieten auch Hinterbliebene der Ermordeten ins Visier der Behörden. Aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft konnten sie keine große Anteilnahme erwarten: als Menschen mit Migrationsgeschichte durften sie nicht einfach Opfer sein – etwas potentiell Kriminelles, irgendwie Gefährliches musste doch an ihnen haften. Dies zog sich wie ein roter Faden durch die Ermittlungen, sowohl bei den „Česká-Morden“ als auch bei den Anschlägen des NSU, etwa auf die Kölner Keupstraße, und das obwohl zum damaligen Zeitpunkt keinerlei Verbindung zwischen den Taten zu bestehen schien. Doch es gab diese Verbindung: die Ermordeten, die Verletzten, die Attakierten waren durch ihre Migrationsbiografie ins Visier des rassistischen Terrors geraten. Und es waren rassistische Ressentiments bei Polizei und Sicherheitsbehörden, welche die Ermittlungen in die Irre führten, es waren rassistische Klischees, die Presseberichterstattung und Öffentlichkeit dazu brachten, die fantastischen Erzählungen von mafiösen und kriminellen Verstrickungen der Betroffenen zu verbreiten.

Wir müssen über Rassismus reden. Rassismus ist ein gesellschaftliches Problem. Und das gilt wortwörtlich: Diese Gesellschaft hat ein Rassismusproblem, und zwar ein gewaltiges. Rassismus wird dabei fälschlicherweise oft nur bei klassischen Neonazis verortet. Ebenso findet sich Rassismus auch jenseits der sogenannten neuen Rechten, die sich hinter den Bannern von AfD, Pegida und Konsorten versammeln. Rassismus findet sich in Ämter- und Behördenpraxis, Polizeiarbeit, der Art wie gesellschaftliche Ressourcen und Teilhabe verteilt werden. Rassismus findet sich in marktschreierischen Wahlkampfauftritten wie auch in subtil und vornehm formulierten Leitartikeln. Rassismus zieht sich durch die ganze Gesellschaft: Weil die Gesellschaft, wie sie derzeit eingerichtet ist, Hierarchie, Ausbeutung und Ausgrenzung zwingend hervorbringt und legitimieren muss. Weil eine von Herrschaft durchzogene Gesellschaft, in der Ressourcen und Positionen ungleich verteilt und umkämpft sind, nicht allein durch den Bezug auf eine angebliche gemeinsame „Kultur“ zusammengehalten werden kann, sondern die Abwertung anderer „Kulturen“ benötigt. Weil die „eigene“ Identität stabilisiert wird, indem negative Elemente auf die Projektion der „Anderen“ abgewälzt werden.

Wir fordern die Abschaffung des Verfassungsschutzes. Der Verfassungsschutz wusste nicht zu wenig, sondern zu viel. Das wurde bereits in den ersten Wochen nach der Selbstenttarnung des NSU deutlich. Doch während Image und Legitimität des Inlandsgeheimdienstes zumindest zwischenzeitlich Schaden nahmen und viele Stimmen bis weit ins bürgerliche Lager seine Abschaffung forderten, ging er letztlich doch unbeschadet aus der Affäre und steht mittlerweile wahrscheinlich sogar besser da als zuvor. Er konnte nicht nur seine gesellschaftliche Reputation wiederherstellen, sondern sogar seine Befugnisse ausweiten. Für uns ist die Sache jedoch nicht erledigt: Für uns bleiben Fragen: Fragen bezüglich der wiederholten, planmäßigen Vernichtung relevanter Akten; Fragen zur Rolle des Verfassungsschützers Andreas Temme, der sich im Internetcafé Halit Yozgats aufhielt, als dieser ermordet wurde, und angeblich nichts bemerkt haben will; Fragen zu V-Mann Piatto, der schon 1998 wichtige Hinweise über die untergetauchten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe weitergab; Fragen zu Ralf Marschner, der als V-Mann Primus im Kontakt mit den Untergetauchten gestanden haben soll. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Im Kampf gegen rechte Strukturen schließen wir uns nicht den wiederkehrenden Rufen an, der Verfassungsschutz solle künftig bitte auch diese oder jene rechte Gruppe beobachten. Nazis sind auch ohne Gelder, Aufbauarbeit und logistische Unterstützung des Geheimdienstes gefährlich genug. Mindestens diese Lehre sollte aus dem NSU gezogen werden.

Wir wehren uns gegen rassistische Stimmungsmache und Gewalt. Der NSU war nicht die erste Neonazi-Terrororganisation und es sieht auch nicht so aus, als sei er die letzte gewesen. In den letzten Monaten laufen und liefen mehrere Prozesse gegen Zusammenschlüsse wie die „Oldschool Society“ oder die „Gruppe Freital“. Daneben häufen sich die Meldungen von immer neuen Waffenfunden bei rechten Strukturen, immer neue gewaltbereite rechte Organisationsansätze sprießen regelrecht aus dem Boden. Die Zahl der Brandanschläge und rassistischen Übergriffe ist in den letzten Jahren gravierend angestiegen. Und während sich der nette Herr von nebenan im Internet mit „Migrantenschreck“ genannten Schusswaffen eindeckt, legen die Entscheidungsträger_innen mit dem Abbau des Asylrechts und neuen Integrationsgesetzen vor, setzen Ausländerbehörde und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf Abschreckung, werden Sammelabschiebungen auf den Weg geschickt und Abschiebelager hochgezogen.

Nach vier Jahren lässt sich ein frustrierendes Fazit ziehen. Noch immer wird rechte Gewalt verharmlost, noch immer darf sich der Verfassungsschutz als Beschützer inszenieren, noch immer hat diese Gesellschaft Rassismus nicht überwunden, noch immer ist es nötig auf den institutionellen Rassismus in Deutschland hinzuweisen, wie das erst jüngst die UN und Nichtregierungsorganisationen getan haben und wie es Selbstorganisationen von Betroffenen nicht erst seit gestern tun. Es wurden von Seiten der Mehrheitsgesellschaft keine erkennbaren Lehren aus dem NSU gezogen. Höchste Zeit also, dass sich das ändert. Initiativen wie „Keupstraße ist überall“ oder das „NSU-Tribunal“ und die zahlreichen Vereinigungen die lokal im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des NSU zusammen kamen, haben vorgemacht wie es geht.

Am Tag der Urteilsverkündung wollen wir mit euch auf die Straße gehen. Denn für uns bedeutet das Ende des Prozesses nicht das Ende der Auseinandersetzung mit dem NSU und der Gesellschaft, die ihn möglich machte:

- Kein Schlusstrich! – NSU-Komplex aufklären und auflösen!
- Verfassungsschutz auflösen – V- Leute abschaffen!
- Dem aktuellen rassistischen Terror entgegentreten!
- Rassismus in Behörden und Gesellschaft bekämpfen!

nsuprozess.net / facebook.de/nsuprozess



Mit dem NSU-Prozess sind alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen? Das glauben weder die Angehörigen der Opfer noch das "Bündnis gegen Naziterror und Rassismus".

Screenshot Twitter, 04.07.2018

"NSU-KOMPLEX NICHT ZU DEN AKTEN LEGEN, KEINEN SCHLUSSSTRICH ZIEHEN!"

*Nach 5 Jahren und über 430 Verhandlungstagen steht die Urteilsverkündung im **NSU-Prozess** vor dem Oberlandesgericht in München kurz bevor. Am 21. Juni ging die Plädoyer-Phase zu Ende, am 3. Juli wurden die letzten Worte der Angeklagten gehört. Nun steht mit dem 11. Juli der Tag der Urteilsverkündung fest. Mit der Kampagne „Kein Schlussstrich“ wird auf eine antifaschistische Demonstration und Aktionen zum 11.07. in München und anderen Städten mobilisiert.*

*Initiator dieser Kampagne ist das **Bündnis gegen Naziterror und Rassismus**. Der Zusammenschluss aus antifaschistischen und antirassistischen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen hat sich zusammengefunden, um staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus entgegen zu treten. Das Bündnis gründete sich vor Beginn des NSU-Prozesses 2013 und begleitete den Prozess seither kritisch. **Rachel Spicker** sprach mit **Patrycja Kowalska**, Pressesprecherin des Bündnisses, über **offene***

Fragen im NSU-Komplex, die Forderungen der Familienangehörigen und Betroffenen und die Mobilisierung zum Tag X, dem 11.07, der „Kein Schlussstrich“-Kampagne.

Frau Kowalska, ein Ziel des Bündnisses ist es, staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus als solchen zu benennen und zu bekämpfen. Was gab es bisher für Aktionen rund um den NSU-Komplex und wie waren die Reaktionen darauf?

Neben kritischer Prozessbeobachtung und zahlreichen Aufklärungsveranstaltungen gab es zwei größere Aktionen, die wir initiierten. Zum Prozessauftritt haben wir am 13. April 2013 gemeinsam mit rund 200 Initiativen und Gruppen die Demonstration „Greift ein gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus – Verfassungsschutz abschaffen!“ auf die Beine gestellt. Damals waren wir überwältigt und ermutigt von dem großen Interesse und Andrang der Menschen, ihren Unmut und ihre Solidarität auf die Straße zu tragen: es waren über 20.000 Menschen an der Demonstration beteiligt. Damit war es die größte antirassistische Demo in München seit 20 Jahren. Seitdem müssen wir feststellen, dass nie wieder so viele Menschen zum Thema NSU-Komplex auf die Straße gegangen sind. Auch sonst sind wir manchmal erschrocken darüber, auf wie wenig Wissen und Interesse wir in der Gesellschaft stoßen. Natürlich steigt die Aufmerksamkeit wieder mit Blick auf die Urteilsverkündung – und wir wollen dafür sorgen, dass es auch nach Ende des NSU-Prozesses so bleibt. Eine weitere größere Aktion in Form einer Dauerkundgebung vor dem Oberlandesgericht München und einer Demonstration mit bundesweiter Beteiligung am Abend haben wir gemeinsam mit der Initiative „**Keupstraße ist überall**“ am 25. Januar 2015 organisiert. Bei dem Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße am 9. Juni 2004 wurden mehr als 22 Menschen verletzt. Erst nach einem langen Streit wurden Betroffene der Keupstraße als Nebenklägerinnen und Nebenkläger zugelassen. Die juristische Auseinandersetzung hat sie immens viel Kraft gekostet. Mit der gemeinsamen Aktion wollten wir uns mit den Betroffenen solidarisch zeigen und sie bei ihren Aussagen vor Gericht unterstützen.

Was sind nach über 400 Verhandlungstagen die drängendsten Fragen, die im NSU-Prozess offen geblieben sind?

Eine grundlegende Frage, die bei jedem Mordprozess gestellt wird ist: Wie und warum wurden die Opfer ausgewählt? Nach fünf Jahren NSU-Prozess ist das nicht hinreichend geklärt. Wenn wir zum Beispiel aus einer bayerischen Perspektive schauen: Fünf der zehn Morde und ein Bombenanschlag fanden in diesem Bundesland statt. Wir wissen immer noch nicht, warum Theodoros Boulgarides in der Münchener Trappentreustraße in seinem Geschäft - welches er erst wenige Wochen vor dem Mord eröffnet hatte - erschossen wurde. Es wurde nicht geklärt, warum İsmail Yaşar in seinem Nürnberger Imbiss mit mehreren Schüssen kaltblütig ermordet wurde und wer möglicherweise Hinweise für den Standort seines Imbisses lieferte. Die Liste der ungeklärten Fragen ist lang. Im Prozess ist deutlich geworden, dass der NSU bestens in Bayern vernetzt war. Deshalb werden wir nicht aufhören zu fragen: wer waren die

konkreten Unterstützer und Unterstützerinnen, wo sind sie heute und warum werden sie nicht zur Rechenschaft gezogen?

Im NSU-Umfeld gab es auch einige Unterstützerinnen, also Frauen, die aktiv waren...

Es gibt viele Beispiele für Unterstützerinnen. Wir wissen beispielsweise von den Unterstützungsleistungen durch Antje P. oder Mandy S.. Viel wichtiger ist mir noch mal der Blick auf Susan Eminger, die mit dem Angeklagten André Eminger verheiratet ist. Sie ist oft im Prozess zu sehen, häufig sitzt sie neben ihm - wahlweise händchenhaltend oder sogar knutschend. Sie sitzt somit zwar auf der Anklagebank, aber nicht als Angeklagte, sondern als Rechtsbeistand. Die Emingers waren gemeinsam mit ihren Kindern oft zu Besuch in der Zwickauer Frühlingsstraße, in der die Hauptangeklagte zusammen mit Mundlos und Böhnhardt wohnte. Susann Eminger lieh Zschäpe ihre Identität, zum Beispiel für eine Bahncard oder bei der Buchung von Urlauben. Auch als die Hauptangeklagte 2006 auf der Zwickauer Polizeiwache zum Wasserschaden in der Nachbarwohnung aussagen musste, gab sie sich als Susann Eminger aus. Zschäpe trug Kleidung von ihr, als sie sich 2011 der Polizei stellte. Susann war über Jahre hinweg eine der engsten Freundinnen. Durch ihre Unterstützung hat sie Zschäpe und den anderen geholfen, eine bürgerliche Fassade nach außen hin aufrecht zu erhalten und hat ihnen gleichzeitig selbst Momente der Normalität ermöglicht. All das ist im NSU-Prozess zur Sprache gekommen, dennoch ist sie bisher nicht angeklagt. Gegen sie läuft zurzeit ein Ermittlungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft. Wir müssen den öffentlichen und gesellschaftlichen Druck wach halten, damit dieses und weitere Ermittlungsverfahren auch endlich mit Nachdruck geführt werden und zu Konsequenzen führen.

Was sind die Forderungen der Familienangehörigen und Betroffenen mit Blick auf Ende des NSU-Prozesses?

Besonders eindrücklich haben sich einige Betroffene und Familienangehörige der NSU-Mordopfer in den persönlichen Erklärungen während der Plädoyers ihrer Nebenklage-Anwält*innen geäußert. So hat Gamze **Kubaşık, die Tochter des ermordeten Mehmet Kubaşık, gegenüber der Bundesanwaltschaft gesagt:** „Sie haben vielleicht viel dafür getan, dass diese fünf hier verurteilt werden. Aber was ist mit den ganzen anderen? Ich glaube nicht daran, dass Sie noch irgendwann jemanden anderes anklagen. Für Sie ist die Sache doch hier abgeschlossen. [...] Sie haben das Versprechen gebrochen!“ (vgl. [NSU-Watch](#)). Auch ihre Mutter und Ehefrau von Mehmet, Elif Kubaşık, machte deutlich, wie sehr sie die Frage nach den Helferinnen und Helfern des NSU belastet: „Warum Mehmet? Warum ein Mord in Dortmund? Gab es Helfer in Dortmund? Sehe ich sie vielleicht heute immer noch? Es gibt so viele Nazis in Dortmund. Für mich ist es so wichtig: Was wusste der Staat?“ (vgl. [NSU-Watch](#)). Ismail Yozgat, Vater des ermordeten Halit Yozgat, fordert immer noch eine

Ortsbegehung des Tatorts, um die staatliche Verwicklung durch den Verfassungsschützer Andreas Temme aufzuklären: „Denn bei der Ortsbegehung werden Sie feststellen, dass Temme gelogen hat“. Ohne eine Ortsbegehung könne er ein Urteil nicht anerkennen (vgl. [NSU-Watch](#)). Viele Betroffene und Familienangehörige haben deutlich gemacht, dass eine Urteilsverkündung im NSU-Prozess für sie kein Schlussstrich bedeutet und auch nicht bedeuten kann. Zu viele Fragen sind immer noch unbeantwortet und eine umfassende Aufklärung wurde verhindert.

Wir haben gerade schon darüber gesprochen, dass weiterhin ungeklärt ist, wer den NSU an den jeweiligen Tatorten unterstützt hat. Wie sieht es mit der Verwicklung der Sicherheitsbehörden aus?

Sowohl in der Anklageschrift als auch im Plädoyer der Generalbundesanwaltschaft werden die behördlichen Ermittlungen und die Rolle des Verfassungsschutzes im NSU-Komplex nicht thematisiert und problematisiert. Ungeklärt bleibt damit nicht nur die staatliche Verwicklung in den NSU-Komplex - auch der institutionelle Rassismus, den die Opferangehörigen und Betroffenen nach den Taten erfahren mussten, bleibt damit unberücksichtigt und ohne Folgen. Die Nebenklageanwältinnen und –anwälte haben mit Beweisanträgen immer wieder versucht, die staatliche Verwicklung im Prozess zu thematisieren und aufzuklären. Durch ihre Arbeit ist unter anderem bekannt geworden, dass um die vierzig V-Personen im Umfeld des NSU zu finden waren. In dem Buch „Kein Schlusswort“ sind einige der herausragendsten Plädoyers der Nebenklage zusammenhängend publiziert worden. Darin sind auch die Plädoyers der Nebenklageanwältin Antonia von der Behrens und des Nebenklageanwalts Sebastian Scharmer enthalten, die zeigen, welche V-Personen rund um den NSU eingesetzt wurden, was welche Verfassungsschutzämter zu welchen Zeitpunkten wussten und welche großen Lücken nach fünf Jahren Prozess weiterhin ungeklärt bleiben. Unaufgeklärt bleiben für uns zum Beispiel folgende Fragen: Fragen bezüglich der wiederholten, planmäßigen Vernichtung relevanter Akten; Fragen zur Rolle des Verfassungsschützers Andreas Temme, der sich im Internetcafé Halit Yozgats aufhielt, als dieser ermordet wurde, und angeblich nichts bemerkt haben will. Fragen zu V-Mann Piatto, der schon 1998 wichtige Hinweise über die untergetauchten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe weitergab. Fragen zu Ralf Marschner, der als V-Mann Primus im Kontakt mit den Untergetauchten gestanden haben soll. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Der Verfassungsschutz hat an vielen Stellen den NSU ermöglicht und unterstützt, das muss man auch so benennen. Deshalb fordern wir als Bündnis die Abschaffung des Verfassungsschutzes.

Wie schätzt ihr die Rolle des Verfassungsschutzes heute ein? Was hat sich seit Aufliegen des NSU und fünf Jahre Prozess geändert?

Der Verfassungsschutz ist aus unserer Perspektive gestärkt aus dem NSU-Prozess hervorgegangen. Das lässt sich zum Beispiel anhand des Verfassungsschützers Gordian Meyer-Plath zeigen. Seit seiner Studienzeit gehört Meyer-Plath der

Burschenschaft Marchia Bonn an, beim Verfassungsschutz Brandenburg war er zwischen 1994 und 2000 einer der V-Mann Führer von [Carsten Szczepanski](#) alias „Piatto“. Piatto wurde 1995 wegen versuchten Mordes an [Steve Erenhi](#) zu acht Jahren Haft verurteilt. Während seiner Haftzeit ist er vom Verfassungsschutz Brandenburg angeworben worden. Dadurch verbesserten sich seine Haftbedingungen und es wurde ihm sogar ermöglicht, sich weiterhin für die rechte Szene zu engagieren, indem er z.B. Neonazi -Fanzines im Gefängnis produzieren und nach außen vertreiben konnte. Zusätzlich wurden Szczepanski besondere Zuwendungen und etliche Freigänge ermöglicht. Sein V-Mann Führer Meyer-Plath hat vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags zugegeben, dass Szczepanski im Spätsommer 1998 Informationen über Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt gegeben hatte und auch zu Jan W. und Antje P. Informationen lieferte, die die drei unterstützten. Auch gab Piatto Hinweise, dass die drei Waffen beschaffen und im Ausland untertauchen wollten. Obwohl es daraufhin ein Treffen zwischen dem Verfassungsschutz Thüringen, Brandenburg und Sachsen gab, wurden die Informationen nicht an die Polizei weitergegeben. Die hätte eine Festnahme von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt veranlassen können. Für diese schwerwiegenden Fehler ist Meyer-Plath mitverantwortlich. Sie taten seiner Karriere aber keinen Abbruch – im Gegenteil. Seit Sommer 2013 ist er Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes. Insgesamt konnte der Verfassungsschutz nicht nur seinen gesellschaftlichen Ruf wiederherstellen, sondern sogar seine Befugnisse ausweiten.

Auch sehen wir anhand aktueller Debatten eine gestärkte Position des Verfassungsschutzes. Nur zwei kurze Beispiele: Ende 2017 hat die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen angekündigt, in Zukunft alle geförderten Demokratievereine vom Verfassungsschutz durchleuchten zu lassen. Die Ankündigung wurde erst zurückgenommen, nachdem es breiten öffentlichen Protest gegeben hat. Auch wurde vor kurzem bekannt, dass zivilgesellschaftliche Demokratieprojekte vom Verfassungsschutz überprüft wurden. Initiativen und Personen, die sich seit Jahren für Betroffene rechter Gewalt und gegen Rassismus, Antisemitismus und andere menschenverachtende Ideologien einsetzen, werden hier als „Extremisten“ dargestellt. Das sind untragbare Zustände, über die wir reden müssen und die wir nicht hinnehmen wollen. Die Überprüfung ist mit dem Verfassungsrecht auch nicht vereinbar, wie ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Initiativen mit einem Gutachten festgestellt hat (vgl. <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/06/2018-06-14-Gutachten-BMB-VBRG-BAGD.pdf>).

Auch aktueller rechter Terror lässt sich nicht losgelöst vom NSU betrachten...

Feststeht, der NSU steht in einer Kontinuität rechter Gewalt in der BRD und dafür gibt es einige Beispiele. Das sehen wir an dem Prozess um die „Gruppe Freital“, der „Oldschool Society“ aus dem letzten Jahr oder dem immer noch nicht eröffneten Verfahren um Mitglieder der Gruppe „Weiße Wölfe Terrorcrew“ in Bayern, die wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Vorbereitung eines Explosionsverbrechens

angeklagt wurden. Die Staatsanwaltschaft Bamberg erhob vor 21 Monaten Anklage, das zuständige Gericht hat die Zulassung noch nicht geprüft und die Angeklagten sind zurzeit auf freiem Fuß. Die bayerischen Behörden weigern sich auch, das Attentat auf das Olympiaeinkaufszentrum in München vom 22. Juli 2016 als rechten Terror anzuerkennen, obwohl das politische Tatmotiv durch wissenschaftliche Gutachten belegt ist. Zusätzlich berichtet der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt weiterhin von konstant hohen Angriffszahlen. Die Wahlerfolge der AfD spiegeln ein gesellschaftliches Klima wider, welches von Hass und Hetze geprägt ist und dazu beiträgt, dass Menschen sich zu rechten und rechtsterroristischen Gewalttaten ermutigt fühlen. Wir haben also immer noch das Problem, dass rechter Terror nicht als solcher benannt und damit bagatellisiert wird.

Was habt Ihr für das Ende des NSU-Prozesses geplant und warum ist dieser Tag so wichtig?

Am 11. Juli wollen wir unter dem Motto „Kein Schlussstrich“ bundesweit gemeinsam auf die Straße gehen und vor allem in München Präsenz zeigen. Von 8 Uhr bis etwa 18 Uhr organisieren wir eine Kundgebung vor dem Gericht mit einem umfangreichen Bühnenprogramm. Daran beteiligen sich viele Initiativen, die seit Jahren zum Thema arbeiten: NSU-Watch, das Tribunal NSU-Komplex Auflösen, die Initiative 6.April zur Aufklärung des Mordes an Halit Yozgat, Betroffene des Keupstraßen-Anschlags und viele weitere. Das heißt, egal wie lange der Prozess an diesem Tag dauert, wir sind vor Ort. Um 18 Uhr wird vom Gericht aus die große »Kein Schlussstrich«-Demonstration durch München ziehen. Für alle, die an diesem Tag nicht nach München reisen können, wird es dezentrale Aktionen geben. Auch wird es Audio- und Videoübertragungen geben, damit so viele wie möglich am Geschehen teilnehmen können. Denn unserer Kampagne „Kein Schlussstrich“ haben sich bundesweit Initiativen und Gruppen angeschlossen. In Berlin, Hamburg, Dortmund, Leipzig, Rostock, Kiel und Göttingen und weiteren Städten wird es eigene Aktionen am 11. Juli geben. Eine Übersicht dazu gibt es auch auf unserer Website (<https://nsuprozess.net/anreise-tag-x-bundesweit/>). Mit einer Reihe kurzer Videoclips, die aktuell gestartet ist, wollen wir vermitteln, dass der 11. Juli - Tag X- näher rückt und Richtungen einer Zukunftsperspektive der Aufklärung und Auflösung des NSU-Komplexes aufzeigen.

- Die ganze Interview-Reihe findet sich hier: <https://nsuprozess.net/2018/06/05/interview-reihe/>

Der Tag der Urteilsverkündung ist so wichtig für uns, weil wir uns mit den Betroffenen und den Familien der Opfer solidarisch zeigen. Wir wollen genau an diesem Tag, wenn das Gericht die Aufklärung beendet, weitere Aufklärung einfordern: Der NSU-Komplex ist nicht mit der Urteilsverkündung abgeschlossen, es gibt weiterhin mehr Fragen als Antworten, wir haben Forderungen! Die Deutungshoheit über den NSU-Komplex gehört nicht allein der Bundesanwaltschaft oder dem Gericht, sondern uns als kritischer Zivilgesellschaft. Wir werden den NSU-Komplex nicht zu den Akten legen, wir werden keinen Schlusstrich ziehen.

Wie kann eine gemeinsame Arbeit nach der Urteilsverkündung aussehen?

Wir wünschen uns, dass es weiterhin Aufklärung zum NSU-Komplex aus unterschiedlichen Perspektiven gibt, z.B. in Form von Veranstaltungen, Demonstrationen oder in Form wissenschaftlicher Analysen. Für uns heißt das konkret, die gesellschaftlichen Grundlagen zu bekämpfen, die den NSU ermöglicht haben und auch heute noch rechten Terror ermöglichen, also Rassismus und Antisemitismus. Dazu gehört es, rassistischen und antisemitischen Aussagen im Alltag zu widersprechen, konsequent über neonazistische Strukturen aufzuklären und dafür zu sorgen, dass sie sich nicht entfalten können. Der NSU-Komplex hat auch einen Reflexionsprozess der eigenen politischen Praxis angestoßen, mit dem wir uns weiter beschäftigen. Denn auch antifaschistische Gruppierungen haben damals die Forderungen der Betroffenen und Hinterbliebenen der NSU-Mordopfer nicht gehört. Eine weitere Aufarbeitung muss Anliegen und Forderungen der Betroffenen und Familien der Opfer zentral setzen und diese unterstützen.

Auch die politische Aufarbeitung ist noch nicht am Ende. Schauen wir zum Beispiel nach Hamburg: Es ist das einzige Tatortbundesland, das bisher keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingerichtet hat. Hier unterstützen wir die Forderungen der „[Initiative für die Aufklärung des Mordes an Süleyman Taşköprü](#)“ und seines Bruders Osman Taşköprü nach der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses und einer unabhängigen Untersuchungskommission mit Beteiligung der Familie Taşköprü. Bis heute wurde sich nicht bei der Familie für die rassistischen Ermittlungen entschuldigt, eine angemessene Entschädigung fand nicht statt. Aufklärung und politische Konsequenzen sind notwendig, reichen aber nicht aus. Der Forderung der Familie Yozgat, die Holländische Straße, in der Halit Yozgat geboren wurde, gearbeitet hat und ermordet wurde, in Halitstraße umzubenennen, wurde ebenfalls nicht nachgekommen. Wir brauchen zusätzlich eine Erinnerungskultur und Gedenkpolitik – sowohl von staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Ebene - die sich an den Bedürfnissen und Forderungen der Betroffenen und Familienangehörigen orientiert. Auch hier sagen wir „Kein Schlusstrich!“ und setzen uns weiterhin für ein solidarisches und würdevolles Gedenken der NSU-Opfer ein.

Mehr auf der Website des "Bündnisses gegen Naziterror und Rassismus":

<https://nsuprozess.net/anreise-tag-x-bundesweit/>

Auf Facebook: <https://www.facebook.com/nsuprozess/>

Auf Twitter: <https://twitter.com/KSchlussstrich>

Pressekonferenz der bundesweiten Kampagne "Kein Schlussstrich" am 10.07.2018, Aktionstag am 11.07.2018

Am **11.07.2018** beginnt die Urteilsverkündung im Rahmen des NSU-Prozesses. Während im Gerichtssaal die letzten Worte des Prozesses gesprochen werden, demonstriert die bundesweite Kampagne *Kein Schlussstrich* **ab 8 Uhr morgens ganztägig** vor den Türen des Gerichts. Es werden Überlebende und Angehörige der Opfer des NSU-Terrors sowie unterstützende Initiativen aus ganz Deutschland erwartet.

Um 18 Uhr wird der Protest mit einer lautstarken Demonstration durch München ziehen, um an die 10 Mordopfer des NSU-Netzwerks zu erinnern.

Am **10.07.2018** wird um **12:30 Uhr**, eine **Pressekonferenz** der Kampagne *Kein Schlussstrich* stattfinden, mit Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet, zu der wir Sie herzlich einladen. Nähere Informationen demnächst.

Ein festes Kundgebungsprogramm wird demnächst auf unserer Homepage veröffentlicht. Die bundesweite Beteiligung an der Kampagne wird hier stetig aktualisiert: <https://nsuprozess.net/anreise-tag-x-bundesweit/>

Interview mit Osman Taşköprü

Süleyman Taşköprü wurde am 27. Juni 2001 vom NSU in Hamburg ermordet. Bis heute fordert sein Bruder Osman Taşköprü Antworten auf zentrale Fragen und einen Untersuchungsausschuss. Hamburg ist das letzte Bundesland mit einem NSU-Mord ohne einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Zusammen mit der „Initiative für die Aufklärung des Mordes an Süleyman Taşköprü“ kämpft er für die Aufklärung des Mordes an seinem Bruder. Der Aufruf der Initiative wird von zahlreichen Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Initiativen unterstützt.

Website der Initiative: <https://www.aufklaerung-tatort-schuetzenstrasse.org/>

"Die Nazis waren es nicht alleine"

Von: Andreas Speit

Taşköprüs Bruder Süleyman wurde vom NSU ermordet. Bis heute fordert er Antworten – und einen Untersuchungsausschuss.

taz:
Am 4. November 2011 wollte die Polizei in Eisenach zwei Bankräuber stellen und entdeckte zwei Rechtsterroristen tot in einem Wohnmobil. Keine Ermittlung der Polizei, kein Hinweis vom V-Leuten führte zum Auffliegen des NSU um Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos. Können Sie sich an Ihre erste Reaktion auf diese Nachricht erinnern, Herr Taşköprü?

Osman Taşköprü:

Schock. Ich war einfach geschockt, konnte nicht glauben, dass Nazis so lange mordend durch Deutschland ziehen konnten. Trotzdem war es aber auch keine Überraschung. Wie so viele Betroffenen des NSU dachte ich bei dieser Mordserie, der überwiegend Türken zum Opfer fielen, immer wieder, dass das Nazis sein müssen. An dem Tag der Nachricht war ich auch traurig. Kurz vor dem Auffliegen war meine Oma gestorben, sie hatte Süleyman vor allem aufgezogen. Und nach den Ermittlungen gegen uns, hätte ich mir gewünscht, dass sie die Wahrheit noch erfahren hätte.

In 90 Prozent der Fälle kommen die Täter aus dem nahen Umfeld des Opfers...

Ich werfe der Polizei nicht vor, auch mich und meine Familie überprüft zu haben. Ich halte ihnen allerdings vor, nur in diese Richtung ermittelt zu haben. Sie suchten bei uns nach Kontakten zur organisierten Kriminalität, Schutzgelderpressungen und Verbindungen zur PKK. Warum? Es hat in all den Jahren, in denen ich das Geschäft betrieb, ab 1998, nie Schutzgelderpressungen gegeben, meine Schwestern, die teilweise mit im Laden arbeiten, hatten auch nie von Bedrohungen erzählt. Die Ermittler ignorierten auch Aussagen, die letztlich in die richtige Richtung hinwiesen.

Vor dem Landgericht München wiederholte ihr Vater im Verfahren gegen die Hauptbeschuldigte Beate Zschäpe und vier Unterstützer auch zwei Personenbeschreibungen. Sie wurden nicht verfolgt?

Ja, mein Vater war ja kurz nach den Schüssen im Laden, mein Bruder starb in seinen Armen. Mein Vater hatte Oliven geholt. Als er wieder kam, begegnete er zwei Männern: groß, schlank, zwischen 25 und 30 Jahren, Deutsche, keine Südländer. Das sagte er der Polizei. Die Spur wurde nie verfolgt.

Für Ihre Familie war nach der Tat nichts mehr wie früher?

Nicht nur für ein paar Monate. Drei, vier Jahre konnte ich nichts mehr mit mir anfangen. Mir war alles scheißegal. Das Wissen, dass ich meinem Bruder zweieinhalb Monate zuvor den Laden übergeben hatte, belastete mich sehr. Meine Eltern kämpften sehr, um irgendwie weiter zu leben. Meiner jüngeren Schwester ist es bis heute nicht möglich, in ein „normales Leben“ zurückzukehren.

In einen Brief an den damaligen Bundespräsidenten hat Ihre Schwester 2013 auch die Ermittler für das Leid der Familie verantwortlich gemacht. Teilen Sie die Einschätzung?

Ja, absolut. Telefonate wurden abgehört, Nachbarn befragt und und und. Wir waren in Altona eine angesehene Familie. Nach den Ermittlungen zogen sich Freunde und Nachbarn mehr und mehr zurück. Man kennt das ja, irgendwann denkt man: Wenn da so ermittelt wird, muss doch irgendwas dran sein. Hintenrum wurde getuschelt. Hier und da gab es böse Blicke. Später, nach dem Bekanntwerden der Täter folgten aber auch Entschuldigungen.

Haben sich die Ermittler bei Ihnen entschuldigt?

Nein. Ich meinte Nachbarn und frühere Freunde. Von der Polizei war gar nix zu hören.

Bis heute nehmen Angehörige an, dass das Strafverfahren auch wegen den etwa 30 bekannten V-Leuten um den NSU so schwierig ist. Sie auch?

Die drei, ich will ihre Namen gar nicht aussprechen, die haben die Morde nicht alleine vorbereitet und verübt. 2012 hat uns die Bundeskanzlerin nach Berlin eingeladen und vollständige Aufklärung versprochen. Aber ihr Versprechen hat weder Angela Merkel noch irgendwer anders eingehalten.

In Interviews haben aber auch Ihre Rechtsbeistände vor zu hohen Erwartungen an die Hauptverhandlung gewarnt.

Mir war das bewusst. Es erschüttert dennoch, zu erleben, dass alle Bemühungen von Nebenklägern, zu erfahren, wer dem NSU-Kerntrio geholfen haben könnte, von der Bundesanwaltschaft oder dem Gericht abgebügelt werden.

Kann man sagen, dass eine Ihrer Anwältinnen gegen Ihre Interessen handelte? In Ihrem Plädoyer und einer Publikation widerspricht sie institutionellem Rassismus, der die Ermittlungen beeinflusst hätte, hält es für möglich, dass einer der Angeklagten, der die Mordwaffe besorgte, unschuldig ist. Und sie macht sich lustig über jene Nebenkläger, die nach Unterstützungsnetzwerken suchten.

Sie hat uns verraten! Sie hat meine Schwester vertreten. Sie hat uns nichts darüber erzählt, was sie da im Gericht erzählt hat. Zu diesem Zeitpunkt konnten wir dann aber nicht mehr die Anwältin wechseln, weshalb sich meine Schwester aus dem Verfahren zurückgezogen hat, damit die Anwältin keinen weiteren Schaden anrichtet.

Seit Monaten behindern die Rechtsbeistände von Zschäpe und den Mitangeklagten Wohleben und Eminger, dass ein Urteil gesprochen werden kann. Werden Sie zur Urteilsverkündung fahren?

Mal schauen. Wir hoffen, dass mit dem Urteil kein Schlussstrich gesetzt wird. In den vergangenen Jahren konnten wir schon erleben, dass das Interesse am Verfahren sank. Mitgefühl für die Betroffenen, wenn ich das mal deutlich sagen darf, kam sowieso kaum auf, auch in der türkischen Community nicht. Die Taten scheinen so weit weg zu sein, als wäre das alles Vergangenheit. Doch hier wurde gemordet, hier haben Nazis meinen Bruder umgebracht. Die Polizei und die Medien haben Lügen über ihn verbreitet.

Damals sicherte uns auch der damalige Innensenator Hamburgs, Michael Neumann, Aufklärung zu. Wo ist sie? Im Bundestag und in einigen Landtagen hat es Untersuchungsausschüsse gegeben. In der Hamburgischen Bürgerschaft findet sich keine Mehrheit für einen Untersuchungsausschuss. Sie fordern ihn.

Es gibt kein Argument gegen einen Untersuchungsausschuss. Die Ermittler haben meiner Familie viel Leid angetan. Sie haben die Aussagen meines Vaters, der die Mörder gesehen hat, komplett ignoriert. Die zentrale Frage, warum wer Opfer des NSU wurde, ist bis heute nicht beantwortet. Wir wissen nicht, warum mein Bruder Opfer des NSU wurde. Keine Familie weiß, warum ihr Vater, ihr Sohn, ihr Bruder von den Neonazis ausgewählt wurde. Eine Gesellschaft sollte sich nicht mit diesem Nichtwissen abfinden. Die Nazimörder waren es nicht alleine.

Anklage des Tribunals „NSU-Komplex auflösen“

In der Anklageschrift werden 90 Personen stellvertretend der Verstrickung im NSU-Komplex angeklagt. Die Anklage ist das Ergebnis der Anstrengungen des Tribunals ‚NSU-Komplex auflösen‘, den NSU-Komplex und seine Akteur*innen sichtbar zu machen. Sie steht im bewussten Widerspruch zur strafrechtlichen Anklage der Bundesanwaltschaft, die den NSU als das Werk einiger Weniger verharmlost. Die Anklage wurde am Samstag, den 20. Mai 2017 im Kölner Schauspiel vorgestellt.

Zu den Angeklagten gehören militante Neonazi-Netzwerke und mit ihnen verstrickte Geheimdienstler*innen, namhafte Politiker*innen und ranghohe Behördenmitarbeiter*innen, aber auch einfache Beamte und Journalist*innen.

Pressemitteilung zur Präsentation der Anklage am 20.05.2017:

http://www.nsu-tribunal.de/wp-content/uploads/2017/05/Pressemitteilung_TRBNL_Anklage_20170520.pdf